Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Hoflieferant Altmarkt 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Kronleuchter — Lampen — für Gas, Petroleum und Kerzen. **G. Devantier,** Prager Strasse 11.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. – Berlin W. 64. – Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

SCHUTZMARKE TEEBLATT **Tees** neuester Ernte in vorzüglichen Mischungen
Rudolph Seelig & Co.
30 Prager Strasse 30.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.
Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

Nr. 306. Spiegel: Krisenluft. Hofnachrichten, Wassergesetz. Bergarbeiterbeweg., Fischereiausstellung. Majestätsbeleidigungen, Zentralverein für Handel, Fleischteuerung. Poln. Schulstreik. Mozartverein. | Mutmaßl. Witterung: **Mild, veränderlich.** | **Dienstag, 6. November 1906.**

Krisenluft

weht durch die deutschen Lande und hat sich zu allerhand glaublichen und unglaublichen Gerüchten kristallisiert. Eine durchgreifende Veränderung in der Besetzung höchster Staatsstellen wird angekündigt, neue Namen werden genannt, und als sehr wahrscheinlich prophezeit man, daß diese große Personalreform noch vor Zusammentritt des Reichstages ins Leben treten wird. Die Krisenmeldungen werden dementiert, tauchen aber immer wieder aufs neue auf, lassen sich nicht unterdrücken und ballen sich besonders über dem Haupte des Reichskanzlers — je näher die Parlamentssession herankommt, um so dichter — wie eine Unheilswolke zusammen. Es ist in psychologischer Hinsicht sehr erklärlich, daß derartige Gerüchte von der öffentlichen Meinung begierig aufgesogen und gläubig aufgenommen werden, ist doch die Zerfahrenheit und die daraus entspringende Unsicherheit und Spannung unserer innerpolitischen Lage so hocharadig, daß neulich ein nationales Blatt mit Recht fragen konnte: „Werden wir überhaupt noch regiert?" Ja, es fehlt wirklich der überragende Steuermann für das deutsche Reichsschiff, und so unruhig schlingert es hin und her, daß die Insassen eine förmliche politische Seekrankheit befällt. Man hat sich seit beinahe zwei Jahrzehnten mit der Hoffnung getröstet, es würde doch einmal die Zeit der zielbewußten, selbstsicheren, ruhigen Stetigkeit kommen . . . vergebliches Harren! Das allzu persönliche Regiment herrscht jetzt wie einst, und nachdem durch die Hohenloheschen Denkwürdigkeiten das deutsche Volk einen schlimmen Blick hinter die Kulissen getan und wieder einmal gesehen hat, mit wieviel Kleinlichkeit die Welt regiert wird, äußert sich der Rückschlag dieser bitteren Erkenntnis naturgemäß in der heißen Sehnsucht nach einem starken Mann, nach einem eisernen Charakter, wie es Bismarck war, für den das neue System keinen Platz hatte. Die Folgen waren auch darnach, wie an Bismarcks Nachfolgern zu ersehen: ein gehorsamer General, ein müder Greis und ein vielgewandter Diplomat; sehr verschieden zwar in ihrer Eigenart, doch in einem gleich, nämlich in der völligen Widerstandslosigkeit gegen das „Sic volo, sic iubeo" des Kaisers. Das Gefühl der verfassungsgemäßen Verantwortlichkeit dem Reiche und Volk gegenüber, wie es Bismarck so stark beseelte, ist bei allen dreien leider nicht so kräftig entwickelt gewesen, um in entscheidenden Augenblicken — wenn nötig unter Stellung der Kabinettsfrage — die Respektierung ihres Willens zu erzwingen . . . oder in Achtung vor sich selbst und in Ehren vor der Welt ihre Wege zu gehen. Diese Tatsache und die Beobachtung, daß oft vom Kaiser bei den wichtigsten Entschlüssen unkontrollierbaren und unverantwortlichen Einflüssen ein größerer Spielraum gegönnt wird, als den verantwortlichen Ratgebern, schaffen eine fortwährende chronische Unsicherheit und Unruhe, weil man nie weiß, woran man eigentlich ist.

In dieser Zeit der Krisengerüchte geht es nicht anders her, auch diesmal weiß kein Mensch, wie die Dinge liegen. Man hört wohl deutlich das Raunen des Windes in allen möglichen Gerüchten, aber man weiß nicht, woher er kommt und wohin er fährt. Anscheinend strahlt die Sonne der kaiserlichen Huld dem Fürsten Bülow noch genau so, wie zu jener Zeit, als sich Wilhelm II. nach der plötzlichen Erkrankung im Reichstage persönlich nach dem Zustand „seines Bernhard" erkundigte. Aber wer die Geschichte früherer Kanzlerkrisen kennt, wird zugeben müssen, daß das nicht viel besagen will; auch bei Bülow wird es heißen, wie bisher stets: unverhofft kommt oft. Die geschäftige Fama sieht ihn zur Abwechslung schon auf dem Posten eines Statthalters von Elsaß Lothringen, der gegenwärtig durch den Fürsten von Hohenlohe-Langenburg bekleidet wird; kennt auch bereits die Diadochen für den verwaisten Reichskanzlerstuhl; nennt bezeichnenderweise Generale aus der nächsten Umgebung des Kaisers, Günstlinge wie den derzeitigen Chef des Militärkabinetts, Grafen von Hülsen-Häseler, oder den Chef des Großen Generalstabes von Moltke. Mag sein, daß dies müßige Kombinationen sind, aber ungemein charakteristisch bleiben sie doch. Weniger als je könnten wir im Falle eines Kanzlerwechsels politische Dilettanten brauchen, denn die derzeitige innere und äußere Lage Deutschlands verlangt nach Männern in leitender Stellung, die nicht unsicher auf einem ihnen fremden Gebiete hin und her tappen, sondern eine in langjähriger praktischer Schulung gereifte politische Einsicht und Erfahrung als unumgänglich notwendige Voraussetzung für energische Taten mitbringen. Die Wahl dürfte schwer fallen und deshalb stehen wir, wenn sie auch noch so bestimmt auftreten und psychologisch wohl begründet sind, den Gerüchten über eine Kanzlerkrise vorderhand skeptisch gegenüber, ohne jedoch verkennen zu wollen, daß, wo Rauch aufsteigt, auch ein Feuer sein muß. Das ist aber der schwierigste Punkt: die wahren Ursachen der jetzigen Krisengerüchte zu entdecken. Unter allen möglichen Antworten auf die Frage, weshalb Bülows Position beim Kaiser ins Wanken geraten sein könnte, gibt es nur zwei von einiger Gewißheit. Die Erschütterung der Gesundheit des Kanzlers und sein Konflikt mit Herrn von Podbielski, dem preußischen Landwirtschaftsminister. Was den ersten Punkt anbetrifft, so wird zwar von ihm nahestehender Seite positiv versichert, daß Fürst Bülow sich seit dem bekannten Choc um die Osterzeit dieses Jahres vollkommen erholt hat und im Vollbesitze seiner ehemaligen körperlichen und geistigen Kräfte ist, aber leise Zweifel daran wollen nicht verstummen. Die bevorstehende politische Winterkampagne wird für den Reichskanzler furchtbar anstrengend werden, nach der allgemeinen Stimmung zu urteilen, die im Reichstage sicher nicht nur zur rednerischen Explosion kommen wird. Vielleicht würde Fürst Bülow diese Strapazen aber doch einigermaßen überwinden, wenn nicht durch die unvermuteten und lange dauernden Extra-Konferenzen mit dem Kaiser und die repräsentativen Pflichten ein Uebermaß von Arbeitslast vorhanden wäre, dem er nach seinem Schlaganfalle kaum gewachsen sein wird. Dazu das Verhältnis mit Podbielski, das je länger je mehr den Charakter eines stillen, aber um so heftigeren Zweikampfes angenommen hat. Seit dem Tage, an welchem die „Nordd. Allgem. Ztg." die Mitteilung brachte, daß Herr von Podbielski den Kanzler ersucht habe, seine Demission dem Kaiser zu übermitteln, ist eine Krisis geschaffen worden, die — rund herausgesagt — nur mit dem Rücktritte eines von beiden enden konnte. Bis jetzt sind die Würfel auffälligerweise noch nicht gefallen, aber gutem Vernehmen nach soll der Kanzler es dem Kaiser gegenüber für sein Bleiben als conditio sine qua non bezeichnet haben, daß Podbielski mit ihm nicht gleichzeitig vor dem Reichstag erscheine.

Aber selbst wenn der Kaiser jetzt diese Bedingung für Bülows Bleiben erhält, muß man leider trotzdem daran festhalten, daß wir aus der Krisis noch lange nicht heraus sind. Es spielen Dinge hinter den Kulissen, die nur verhüllt und gedämpft an das Ohr der Oeffentlichkeit dringen. Man spricht davon, daß bereits anläßlich der letzten Flottenvorlage eine „latente Krisis" bestanden habe und erzählt, daß der Kaiser Herrn von Tirpitz über die Geringfügigkeit des Erreichten und Geforderten Vorwürfe gemacht hätte, der seinerseits wieder alle Schuld auf den Reichskanzler abgewälzt habe. Man munkelt auch davon, daß der Kaiser mit den Erfolgen der äußeren Politik nicht recht zufrieden sei und trotz des gut erfundenen Wortes „Weder Sieger noch Besiegte" die Blamage und Isolierung Deutschlands in der Marokkofrage peinlich empfinde. Nimmt man dazu die „Kolonialskandale" und andere unliebsame Vorkommnisse der letzten Zeit, so wird man dem Kaiser ein etwaiges Unbehagen nachfühlen können. Vielleicht spielen in diese Erwägungen — wenn sie wirklich zutreffen sollten, was noch lange nicht feststeht — auch persönliche Intrigen hinein, denn auch Fürst Bülow hat seine Feinde und Neider bei Hofe. Doch genug des Kombinierens! Tatsache ist, daß die Krisengerüchte nicht zur Ruhe kommen wollen und daß sich selbst das Ausland mit einem bald bevorstehenden Kanzlerwechsel beschäftigt und daran seine Betrachtungen knüpft. So schreibt z. B. die „Neue Freie Presse" in Wien: „Aber wenn man durch die Hartnäckigkeit der Berliner Gerüchte veranlaßt sein konnte, die Tragweite eines Reichskanzlerwechsels in dem jetzigen Momente zu überdenken, so lag es doch sehr nahe, sich insbesondere darüber Rechenschaft zu geben, was ein solcher Wechsel bedeuten, was er zumal für die Verbündeten Deutschlands zu bedeuten haben würde. Fürst Bülow hat in den zehn Jahren, während welcher er nun seit seiner Berufung zum Staatssekretär des Aeußern die auswärtige Politik Deutschlands lenkt, an den Bündnissen festgehalten, er kennt alle Fäden des internationalen Gewebes, ist immer beflissen gewesen, den Dreibund durch kluge Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien vor Schaden zu bewahren. Eben jetzt tritt unser neuer Minister des Aeußern, Baron Aehrenthal, die Fahrt nach Petersburg an, von wo er nach der Verabschiedung von seinem bisherigen Posten sich nach Berlin zu begeben gedenkt, um mit dem Fürsten Bülow eine Begegnung zu haben. Der Dreibund ist, obwohl von allen Seiten seine unverminderte Festigkeit beteuert wird, doch mehr und mehr ein empfindliches Gebäude geworden, und es ist durchaus nicht eine gleichgültige Sache, wenn ein Wechsel unter denjenigen eintritt, welche an vorderster Stelle zu seiner Pflege berufen sind. So erklärt es sich, warum die Gerüchte von der Kanzlerkrise in Berlin die allgemeinste und gespannteste Aufmerksamkeit erregt haben und warum, falls diese Gerüchte fortdauern sollten, auch weiter die Blicke der Welt nach dem Reichskanzlerpalais auf der Wilhelmstraße gerichtet sein werden."

Neueste Drahtmeldungen vom 5. November.

Das Programm des Kabinetts Clemenceau.

Paris. Kammer. Das Haus ist dicht besetzt. Ministerpräsident Clémenceau verliest die Erklärung des Kabinetts, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird. Hierauf gelangte eine Tagesordnung, die die Erklärung der Regierung billigt, mit 395 gegen 96 Stimmen zur Annahme.

Paris. Die heute im Parlament verlesene Erklärung der Regierung weist zunächst darauf hin, daß das neue Kabinett nicht aus einer parlamentarischen Krise hervorgegangen ist, sondern daß der Gesundheitszustand des bisherigen Ministerpräsidenten Sarrien, der längerer Ruhe bedurfte, die Bildung des neuen Kabinetts veranlaßt habe. Die Erklärung erwähnt dann, daß das kürzlich befragte Land seinen Willen dahin kundgegeben habe, daß das Werk der Reform beschleunigt werde, und fährt fort: Da unsere auswärtige Politik dem von den Wählern erteilten Auftrage entspricht, ist sie von vornherein bekannt, denn in dem Willen des Landes, den Frieden und zwar einen würdevollen Frieden, aufrecht zu erhalten, ist ebenso wenig eine Aenderung eingetreten, wie darin, daß es andauernd die republikanischen Rechte fordert. Wir stellen mit Stolz fest, daß es in den 35 Jahren, die seit Gründung der Republik vergangen sind, auch nicht einen einzigen Augenblick in ihrer Geschichte gegeben hat, wo man sie mit Recht hätte beschuldigen können, daß sie den europäischen Frieden bedrohe. Wir werden so zu handeln wissen, daß unsere Absichten in dieser Beziehung nicht verkannt werden können. Wir müssen gleichzeitig die Bedingungen des internationalen Gleichgewichts, die die europäische Lage allen Völkern auferlegt, annehmen, denn der Friede der zivilisierten Welt gründet sich auf die Stärke der Heere. Wie könnten wir also mit eigenen Händen die größte Garantie unserer Unabhängigkeit zerstören. Bis zu dem glücklichen, aber unbestimmten Tage, wo das Regime, das jetzt die Beziehungen der Völker regelt, wird geändert werden können, muß es unsere erste Pflicht gegen das Vaterland sein, nicht zuzulassen, daß es in irgend einem der Bestandteile seiner Verteidigungskräfte geschwächt werde. Unsere internationalen Einverständnisse (Entente) sind ein wichtiger Teil dieser Verteidigungskraft. Während wir es uns angelegen sein lassen werden, unsere Beziehungen zu allen Regierungen aufrecht zu erhalten und zu bessern, wird es unsere Sorge sein, eine Allianz, die von beiden Seiten im Interesse des Friedens geschlossen wurde, und ebenso die Freundschaften, die wir haben auf die Probe stellen können, aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Uebrigens wird unsere Diplomatie, von der wir wollen, daß sie eine republikanische sei, sich der schwierigen Stunden erinnern. Die moralische Autorität einer offen befolgten Politik der Geradheit kann von entscheidendem Gewichte in der Wagschale der Meinung Europas sein, und keine Regierung wird sich künftig dem entziehen können, damit zu rechnen. Im Inneren werden unsere Mittel nicht weniger klar sein: die Demokratie in endgültiger Weise in die Regierung einzusetzen, zu organisieren, zu regeln dadurch, daß sie zu ihrer Konsolidation dahin gebracht wird, sich in der Ausübung der Gewalt selbst zu mäßigen. Das ist nach unserer Ansicht das Ziel, das alle Republiken sich setzen müssen. Ehe man philosophiert, muß man überhaupt sein, und deshalb wollen wir unsere militärischen Kräfte aufrecht erhalten, um allen Eventualitäten begegnen zu können. Der Kriegsminister wird demnächst eine Gesetzvorlage betr. die Cadres und die Effektivstärke einbringen, die die volle Ausnützung der Rekrutierungsmittel bezweckt. Ein anderer, seit langem erwarteter Gesetzentwurf wird für die Beförderung der Offiziere mehr Gerechtigkeit bringen. Die Disziplin werden wir dadurch zu sichern wissen, daß wir verlangen, daß sie von oben komme. Die Militärdienstzeit muß eine Verlängerung des Schulunterrichts sein. Wir möchten, daß die Generationen, nachdem sie in ihrer Dienstzeit sich hygienische Gewohnheiten und Grundsätze staatsbürgerlicher Erziehung zu eigen gemacht, besser und für den Frieden geeigneter aus ihr ausscheiden. Wir werden unverzüglich die Aufhebung der Kriegsgerichte vorschlagen. Die Entscheidung über Verbrechen oder Vergehen des gemeinen Rechts wird den Gerichten des Gemeinrechts zugewiesen werden. Das Disziplinarverfahren wird mit allen den Garantien umgeben werden, die unumgänglich sind, um die Menschenrechte mit den Anforderungen der nationalen Verteidigung in Uebereinstimmung zu bringen. Die Republik hat die Freiheit in Frankreich begründet. Wir müssen ihr noch zu ihrer natürlichen Entwicklung in allen Teilen des republikanischen Regimes verhelfen.

Paris. Senat. Die vom Justizminister verlesene Erklärung der Regierung wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen und die Sitzung dann geschlossen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Staatssekretär v. Tschirschky und Bögendorff ist gestern von seiner italienischen Reise hierher zurückgekehrt. Aus Rom wird gemeldet, daß der Vatikan das Gerücht, daß Herr v. Tschirschky in seiner Unterredung mit dem Staatssekretär Merry del Val die Frage der Gründung einer türkischen Gesandtschaft beim Vatikan und einer Nuntiatur in Konstantinopel aufgeworfen habe, dementiert. Es wird hinzugefügt, daß selbst, wenn eine derartige Frage zur Sprache kommen sollte, der päpstliche Stuhl sich einer solchen Forderung gegenüber ablehnend verhalten würde.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Ministerium für Elsaß-Lothringen macht bekannt, daß, nachdem die Maul- und Klauenseuche in den französischen Grenzstädten Belfort und Nancy, sowie deren Umgebung erloschen ist, die Verordnung betreffend das Verbot des kleinen Grenzverkehrs mit Vieh und Fleisch, sowie das Verbot der Einführung von Geflügel, tierischen Rohstoffen, Futtermitteln usw. aus Frankreich in die Kreise Altkirch, Thann, Kolmar, Rappoldsweiler, Schlettstadt, Molsheim, Saarberg und Chateau-Salins aufgehoben wird; dagegen bleiben das durch eine weitere Verordnung ausgesprochene gleichlautende Einfuhrverbot für die Kreise Metz, Diedenhofen, sowie das Verbot der Ein- und Durchfuhr von Vieh aus Luxemburg mit Rücksicht auf das Auftreten der Maul- und Klauenseuche im französischen Arrondissement Briey bis auf weiteres aufrecht erhalten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die vereinigten deutschen Automobilklubs hielten heute unter dem Präsidium des Herzogs von Ratibor einen Delegiertentag ab, um gegen das dem Reichstage gegenwärtig vorliegende Automobil-Haftpflichtgesetz Stellung zu nehmen. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der aus juristischen, volkswirtschaftlichen und patriotischen Gründen vor der übereilten Annahme dieses Ausnahmegesetzes gewarnt wird; dagegen wird zugegeben, daß eine Verschärfung der bestehenden Haftpflicht-Bestimmungen für Automobilbesitzer im Interesse einer gerechten Ausgleichung der bei einem Automobilunfall vorkommenden Schäden wohl diskutierbar sei. Zur Erreichung dieses Zweckes würde es genügen, wenn folgende Grundsätze aufgestellt würden: 1. Die grundsätzliche Schadenersatzpflicht des Automobilbesitzers für alle beim Betriebe seines Fahrzeuges vor-

Pramanns Erbswurst! Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 1/8